

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: UMWELT UND ENERGIE

1 Text

2 **Naturschutz**

3 ***Mensch und Natur in Einklang bringen***

4 Die GRÜNEN im Hochtaunuskreis wollen die Natur um ihrer selbst willen und für
5 uns Menschen erhalten.

6 Mit der abwechslungsreichen, wunderschönen Mittelgebirgslandschaft Taunus haben
7 wir einen idealen Erholungs- und Naturerlebnisraum für die Menschen des
8 Ballungsgebietes RheinMain. Um Konflikte zwischen Sportlern, Ruhe Suchenden und
9 der Tier- und Pflanzenwelt zu vermeiden, wurde im Sommer 2015 eine Mountainbike-
10 Downhill-Strecke eingerichtet. Die Prioritäten der GRÜNEN liegen letztendlich
11 beim Schutz der Natur. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Fahren
12 abseits von Wegen unterbleibt. Aus diesem Grund gibt es auch immer noch keine
13 Sommerrodelbahn auf dem Feldberg, mit Waldeinschlag und ungelösten
14 Verkehrsproblemen.

15 Der Hochtaunuskreis gehört bislang nicht zu den Regionen, die mit sinkender
16 Bevölkerungszahl zu kämpfen haben. Das bedeutet allerdings auch, dass mehr und
17 mehr bislang naturnahe Flächen bebaut werden. Umso wichtiger ist es strikt auf
18 die Durchführung der gesetzlich geforderten Ausgleichsmaßnahmen zu achten. Die
19 Überwachung der Ausgleichsmaßnahmen (Stichwort: Ökopunkte) ist Aufgabe des
20 Kreises und wird kaum verfolgt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass tatsächlich
21 Auenlandschaften wieder erstehen, dass in ausgeräumten Landschaften Feldraine
22 mit Wildkräutern angelegt werden oder Inselgehölze mit einheimischen Büschen und
23 Bäumen gepflanzt werden. All diese Maßnahmen schützen und fördern nicht nur die
24 Biodiversität, sondern sorgen dafür, dass unsere Region attraktiv bleibt.

25 **Energieeffizienz kreiseigener Liegenschaften**

26 ***Klima schützen und Geld sparen durch effiziente Gebäudebewirtschaftung***

27 Seit langem fordern die GRÜNEN ein Facilitymanagement, das die Nebenkosten
28 öffentlicher Gebäude überwacht und vergleicht. Der Energieverbrauch und auch der
29 Wasserverbrauch von Schulen und anderen kreiseigenen Gebäuden sind sehr
30 unterschiedlich, was nur bedeuten kann, dass teilweise hohe Einsparpotentiale

31 vorhanden sind. Manchmal reichen schon Hinweise an die Nutzer für
32 energiesparendes Verhalten (z.B. Stoßlüftung statt gekipptes Fenster) um
33 Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen. Aber auch aufwendigere Maßnahmen, wie
34 verbesserte Isolierung oder sogar ein neues Heizsystem rechnen sich auf Dauer.
35 Seit vielen Jahren kämpfen wir dafür, dass systematisch nach Schwachstellen
36 gesucht wird um sie dann im Rahmen einer Prioritätenliste abzustellen.

37 **Energiewende**
38 ***Windkraftanlagen gehören dazu***

39 GRÜNE kämpfen dafür, dass auch der Hochtaunuskreis einen Anteil für eine
40 erfolgreiche Energiewende erbringt. Dazu sind Windkraftanlagen nach
41 fachgerechter Prüfung an ausgesuchten, effizienten Standorten ein Beitrag. Wir
42 haben die Wahl: Den Energiehunger mit fossilen Brennstoffen, also Kohle, Öl und
43 Gas zu decken und dabei wertvolle Ressourcen zu verschwenden und das Erdklima
44 anzuheizen, den Energiehunger mit Atomkraft zu decken und dabei nicht nur die
45 Gefahr eines Super-Gaus eingehen, sondern in jedem Fall für viele tausend Jahre
46 hochgiftigen Abfall zu hinterlassen oder - vielleicht nur als Zwischenlösung -
47 Windkraftanlagen zu akzeptieren, die keine dramatischen Folgeschäden verursacht
48 haben werden, wenn eines Tages andere Lösungen gefunden sind.

49 GRÜN ist:

- 50 • Die Energiewende im Hochtaunuskreis, auch mit Windkraftanlagen
- 51 • Energie und Trinkwasser sparen
- 52 • Erhalt von Brachland und unversiegelten Flächen, sowohl wesentlich
- 53 sind für unsere Grundwasserversorgung als auch als Schutz vor
- 54 Überschwemmungen
- 55 • Förderung von Ökolandwirtschaft
- 56 • Förderung von Versorgung aus regionalem Anbau.

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: SCHULE

57 Text

58 Schule und Bildung

59 *Das Recht auf Bildung gilt für alle*

60 Bildung entscheidet über die Zukunftschancen nachfolgender Generationen und die
61 Möglichkeit der Teilhabe an unserer Gesellschaft und ist somit eines der
62 wichtigsten Zukunftsthemen. Die Schulen des Hochtaunuskreises müssen Kindern und
63 Jugendlichen die Möglichkeit bieten, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder
64 sozialem Status der Eltern die für ihre Zukunft notwendige Bildung zu erwerben.
65 Der Hochtaunuskreis verfolgt seit Jahren ein ambitioniertes Schulbau- und
66 Schulausstattungsprogramm. Allerdings muss man sich darüber klar werden, dass
67 neue Schulbauten und hochwertige IT-Ausstattung nicht genügen, um dauerhaft die
68 sinnvolle Nutzung der Investitionen zu gewährleisten. Viele Schulen vermissen
69 Hausmeister oder IT-Sachverständige, die schnelle Hilfe geben können.
70 Seit März 2009 ist die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung auch in
71 Deutschland geltendes Gesetz. Der Hochtaunuskreis als Schulträger muss an
72 einigen Schulen noch dringend die zur Umsetzung vor Ort notwendigen baulichen
73 Maßnahmen erfüllen. Dies ist Voraussetzung, um die Besonderheiten und
74 individuelle Bedürfnisse eines jeden Kindes im gemeinsamen Unterricht zu
75 berücksichtigen. Kein Kind darf zurückgelassen werden.
76 Neben der Wissensvermittlung ist es wichtig, auch die sozialen Fähigkeiten als
77 Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft zu fördern. Dazu ist verstärkte
78 Schulsozialarbeit an allen Schulen erforderlich. Derzeit sind weiterführende
79 Schulen mit bestenfalls ½ Stelle ausgestattet. Nachdem das Programm
80 „Schulverweigerung – die 2. Chance“ in 2014 ausgelaufen ist, haben sich die
81 Anforderungen an Schulsozialarbeit noch zusätzlich erhöht. GRÜNE fordern, dass
82 eine Ausweitung auf mind. eine ganze Stelle pro Schule erfolgt. Ein frühzeitiges
83 Eingreifen erhöht die Chance, die Anzahl der Schulabbrecher bzw. Abgänger ohne
84 Abschluss zu senken, die noch immer zu hoch ist.
85 Auf Landesebene setzen wir uns für ausreichende Versorgung der Schulen mit
86 LehrerInnen, die den Unterricht in hoher Qualität garantieren, ein, sowie dafür,
87 dass die Praxis der befristeten Angestelltenverträge für so genannte
88 Vertretungslehrer beendet wird.

89 CleverCard

90 ***Freie Fahrt für alle SchülerInnen im Kreisgebiet***

91 Bei der CleverCard handelt es sich um eine Schüler-Fahrkarte, die SchülerInnen
92 bis zur 10. Klasse kostenlose Fahrt zwischen Schule und Wohnort sichert. Es sind
93 immer wieder Versuche unternommen worden, den Wirkungsgrad dieses Tickets
94 auszudehnen, zum Einen auf SchülerInnen bis zur 13. Klasse, zum Anderen räumlich
95 auf das gesamte Kreisgebiet. Kreisgebiet, wie dies in anderen Kreisen - z.B. in
96 unserem Nachbarkreis Limburg-Weilburg - schon der Fall ist.
97 Trotz der damit verbundenen Kosten werden wir auch den aktuellen Vorstoß wieder
98 unterstützen.

99 **GRÜN** ist:

- 100 • Inklusiver Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen in allen
101 Schulformen
- 102 • Unterstützung der Schulen durch den Ausbau der Schulsozialarbeit an
103 allen Schulen
- 104 • Hausmeister und IT-Fachleute an Schulen
- 105 • Ganztagsangebote „Pakt für den Nachmittag“ in allen Schulbezirken
- 106 • Übernahme der erforderlichen Schülertickets bei freier Schulwahl und
107 vor allem auch in der Oberstufe
- 108 • Ausreichende Anzahl von Lehrkräften und Beendigung der Praxis von
109 befristeten Angestelltenverträgen für so genannte Vertretungslehrer.

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: KINDER UND JUGEND

110 Text

111 **Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder**

112 ***Wir brauchen eine verlässliche Ganztagsbetreuung***

113 Kindertagesstätten sind inzwischen für die meisten Kinder die ersten
114 Bildungsinstitutionen, die sie besuchen. Bereits vor Schuleintritt sind die
115 Familien daher daran gewohnt, dass die Kinder familienergänzend betreut werden
116 und Bildung erfahren. Mit dem Übergang in die Schule kommt aber für viele
117 Familien eine Zeit der Unsicherheit. Aufgrund des fehlenden Rechtsanspruches
118 gibt es nicht an allen Schulen ausreichend Nachmittagsangebote, die geeignet
119 sind, dass die Eltern ihre Berufstätigkeit fortsetzen können. Die schwarz-grüne
120 Landesregierung hat mit dem „Pakt für den Nachmittag“ ein Angebot an die
121 Schulträger gemacht, um dieses Problem in Kooperation zwischen Land,
122 Schulträgern und Kommunen zu lösen. Wir GRÜNE im Hochtaunuskreis wollen, dass
123 unser Kreis dem Pakt für den Nachmittag beitrifft und damit an allen
124 Grundschulen, die dies benötigen, Betreuungs- und Bildungsangebote für alle
125 Kinder, unabhängig von einer Bedarfsprüfung, in der Zeit von 7:30 Uhr bis 17 Uhr
126 anbietet.

127 Um dies realisieren zu können, muss sich der Kreis nicht nur beim Land bewerben,
128 sondern auch gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Kreis
129 Rahmenvereinbarungen und -konzepte erarbeiten. Denn die Betreuung am Nachmittag
130 muss mehr sein, als eine Aufbewahrung. Hier müssen schulergänzende
131 Bildungsangebote gemacht werden. Diese sollen, abgestimmt auf die Situation in
132 den jeweiligen Orten, in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Sportvereinen und
133 Kulturinstitutionen, erarbeitet werden.

134 Bis zum Ende der Wahlzeit sollen sich alle Eltern in Kreis auf die Bildungs- und
135 Betreuungsgarantie an unseren Grundschulen verlassen können.

136 Derzeit wird die Nachmittagsbetreuung weitgehend über die kreiseigene
137 Gesellschaft, die KiT GmbH, organisiert. Die dortige Standardgröße von 30 Kinder
138 pro Gruppe sichert allerdings bestenfalls eine Beaufsichtigung. Dem Anspruch auf
139 Bildung und Betreuung können die bei der KiT beschäftigten MitarbeiterInnen,
140 meist 450 €-Kräfte ohne pädagogische Ausbildung, strukturell bedingt nicht
141 gerecht werden. Wir sehen deshalb die dringende Notwendigkeit die Gruppenstärke
142 wieder zu reduzieren und vermehrt pädagogische Fachkräfte zu beschäftigen.

143 GRÜN ist:

- 144 • **Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7:30 bis 17 Uhr an allen**
- 145 **Grundschulen im Kreis, die dies wollen**
- 146 • **Erarbeitung von Rahmenkonzepten mit den Städten und Gemeinden im**
- 147 **Kreis, zur Sicherstellung des Qualitätsniveaus**
- 148 • **Zusammenarbeit mit freien Trägern, Sportvereinen und**
- 149 **Kulturinstitutionen**

150 ***Tagesmütter und -väter stärken***

151 Die Betreuung der Kleinsten ist eine hochsensible Angelegenheit, die
152 gegenseitigen Respekt und Vertrauen erfordert. Der Bundesgesetzgeber hat ganz
153 bewusst institutionelle Betreuungseinrichtungen und Tagesmütter bzw. -väter
154 gleichgestellt. So können Eltern das Angebot auswählen, bei dem sie ihr Kind am
155 besten aufgehoben fühlen.

156 Während die Städte und Gemeinden für die Krippen zuständig sind, hat der
157 Hochtaunuskreis die Zuständigkeit für ein ausreichendes Angebot an
158 Tagespflegepersonen. Ein wesentlicher Erfolg der GRÜNEN Kreistagsfraktion in der
159 abgelaufenen Wahlzeit war es, eine bessere Bezahlung und Anerkennung der
160 Tagespflegepersonen im Kreis erreicht zu haben. Hieran werden wir anknüpfen. Die
161 selbständige Tätigkeit der Tagespflegepersonen erfolgt im öffentlichen Auftrag,
162 daher haben wir eine Verantwortung dafür, dass sie ein ausreichendes Einkommen
163 haben, um qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote für die
164 Familien im Kreis anbieten zu können. Hierzu gehört eine bedarfsgerechte
165 Bezahlung, die dem Lebenshaltungsniveau im Hochtaunuskreis angepasst ist. Für
166 die Eltern wesentlich ist, dass ein Vertretungsmodell erarbeitet wird, dass die
167 Betreuung auch im Falle eines Ausfalls der Tagespflegeperson verlässlich
168 sicherstellt. Darüber hinaus fordern wir die Einbindung der Tagespflegepersonen
169 in den Jugendhilfeausschuss, damit sie ihre Interessen unmittelbar vertreten
170 können.

171 GRÜN ist:

- 172 • **Stärkung der Kindertagespflege im Hochtaunuskreis**
- 173 • **Sicherstellung einer bedarfsgerechten Bezahlung**
- 174 • **Erarbeitung einer verlässlichen Vertretungsregelung**
- 175 • **Eigenständige politische Vertretung der Tagespflegepersonen im**
- 176 **Jugendhilfeausschuss**

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: SOZIAL

177 Text

178 **Unterstützung Hilfebedürftiger**

179 ***Teilhabe am sozialen Leben muss für jeden und jede möglich sein***

180 Der Hochtaunuskreis gehört zu einer der wohlhabendsten Regionen Deutschlands.
181 Obwohl dies so ist oder gerade, weil dies so ist, dürfen wir nicht vergessen,
182 dass auch hier die verschiedensten Menschen leben, die unserer Hilfe bedürfen.
183 Hierzu gehören u.a. Alleinerziehende, sozial schwache Familien, ältere Menschen,
184 Menschen mit Behinderungen, Wohnsitzlose, Arbeitssuchende und nicht zuletzt die
185 Flüchtlinge/Asylsuchende, deren Zahl weiter stetig steigt.
186 Diese Menschen sind keine Bittsteller, sondern haben einen Rechtsanspruch auf
187 Hilfe und Unterstützung. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die
188 Bearbeitungszeiten für Anträge deutlich verkürzt werden und der direkte Kontakt
189 von Hilfesuchenden und MitarbeiterInnen im kommunalen Jobcenter verbessert wird.

190 **Asylsuchende**

191 ***Willkommen im fremden Land***

192 Es ist kein persönlicher Verdienst, dass die meisten von uns in ein wohlhabendes
193 Land und in eine lange Friedensperiode hinein geboren wurden. Umso mehr ist es
194 unsere Aufgabe, denjenigen die in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten oder es
195 aus höchster wirtschaftlicher Not verlassen mussten, zu helfen. Wir werden uns
196 weiter dafür einsetzen, dass die von der Liga der freien Wohlfahrtsverbände
197 definierten Standards zur Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden so gut
198 wie möglich eingehalten werden, wohl wissend, dass dies in akuten Notsituationen
199 nicht immer möglich ist.
200 Der Hochtaunuskreis, der als Modellregion Integration ausgewählt wurde, ist
201 besonders gefordert, Flüchtlingen, Spätaussiedlern oder Zuwanderern Hilfe beim
202 Erwerb und der Verbesserung der deutschen Sprache zu gewähren. Wir setzen uns
203 weiterhin intensiv dafür ein, dass Deutschkurse, die häufig von ehrenamtlich
204 Tätigen gegeben werden, finanziell und materiell unterstützt werden.

205 **GRÜN ist:**

- 206 • Zusammenarbeit zwischen kommunalem Jobcenter und Hilfesuchenden

- 207 verbessern und beschleunigen
- 208 • Willkommenskultur in der Ausländerbehörde
- 209 • lebenswerte Unterbringungen von Flüchtlingen/Asylsuchenden in
- 210 überschaubaren Einheiten (Standards?)
- 211 • ausreichende soziale Betreuung der Flüchtlinge/Asylsuchenden durch
- 212 Fachkräfte
- 213 • Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuer von
- 214 Flüchtlingen/Asylsuchenden

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: **MOBILITÄT**

215 Text

216 ÖPNV

217 *Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs rechnet sich*

218 Oft wird der Hochtaunuskreis als aus zwei Teilen bestehend betrachtet, dem
219 Vordertaunus und dem Usinger Land. Schaut man sich allerdings die
220 prognostizierte Bevölkerungsentwicklung an, verläuft die Trennlinie keineswegs
221 auf dem Taunuskamm. Dort, wo es einen guten Zugang zum ÖPNV, insbes. zur Bahn
222 gibt, wird Wachstum erwartet, in schlecht angeschlossenen Orten dagegen einen
223 Rückgang der Bevölkerung. Als Beispiele seien hier die Prognosen für Glashütten
224 (Vordertaunus) mit 3,9 % minus in den nächsten 10 Jahren genannt und der
225 Hauptortsteil Grävenwiesbach (Hintertaunus) mit einem Zuwachs von 13,9 %. Der
226 Ausbau eines öffentlichen Verkehrsnetzes ist also eine wesentliche Voraussetzung
227 für die positive Weiterentwicklung des gesamten Hochtaunuskreises.
228 Die GRÜNEN haben sich schon immer dafür ausgesprochen, für die gewünschte und
229 notwendige Mobilität nicht zu sehr auf das eigene Auto zu setzen, denn dadurch
230 wird die Umwelt am meisten belastet. Kinder, Jugendliche und viele ältere
231 Menschen sind zwingend auf eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr
232 angewiesen, aber auch für die restliche Bevölkerung ist ein guter ÖPNV-Anschluss
233 ein wesentliches Kriterium.
234 Es darf nicht verschwiegen werden, dass der ÖPNV ohne zusätzliche Steuermittel
235 nicht kostendeckend arbeiten kann. Das ist gut angelegtes Geld, denn nur wo die
236 Verkehrsinfrastruktur gut ist, möchten Menschen wohnen und siedeln sich
237 Arbeitsplätze an. Dort wo Mobilität mit Bahn, Bus, Fahrrad und zu Fuß möglich
238 ist, ist der Flächenverbrauch für Verkehrsflächen geringer, der Lärm geringer,
239 das Gefahrenpotential geringer, der Energieverbrauch geringer und last not least
240 die Klimabelastung geringer.

241 Taunusbahn

242 *Endlich Elektrifizierung auf den Weg gebracht*

243 Die von den GRÜNEN bereits vor 5 Jahren geforderte Elektrifizierung der
244 Taunusbahn ist auf den Weg gebracht, allerdings vorerst nur bis Usingen.
245 S-Bahn-Verkehr soll aber mind. bis Grävenwiesbach möglich sein. Das Hauptproblem
246 ist nun, dass die dann zusätzlich benötigten 3 S-Bahn-Züge auf dem Markt nicht
247 vorhanden sind. Leider hat die derzeitige CDU/SPD-Koalition stattdessen ihre

248 ersten Regierungsjahre mit einem von vorne herein zum Scheitern verurteilten
249 Projekt PPR-Tunnel vertrödelt. Auftragsvergabe für neue Züge ist erst bei der
250 Neuausschreibung der S-Bahnen wirtschaftlich darstellbar.
251 Der Tunnel zwischen Grävenwiesbach und der Endstation Brandoberndorf ist stark
252 sanierungsbedürftig. Wird er nicht in absehbarer Zeit instand gesetzt, würde die
253 Taunusbahn in Grävenwiesbach enden. Für die Weiterfahrt müsste dann in Busse
254 umgestiegen werden.
255 Die GRÜNEN werden sich um Mittel von 3. Seite (RMV, Land Hessen, Lahn-Dill-
256 Kreis) bemühen und auf eine schnelle Sanierung des Tunnels drängen.

257 **Bus- und AST-Verkehre**

258 ***Mehr Bus, weniger AST***

259 Natürlich gehört gleichfalls ein zuverlässiger Busverkehr zum Verkehrsverbund.
260 Neben Schulbussen sind passend getaktete Zubringer zu Bahnhöfen Schwerpunkte.
261 Aber auch in der Fläche hat ein Netz von regelmäßig fahrenden Bussen Vorrang vor
262 Anruf-Sammel-Taxis (AST), die auf wenig nachgefragten Strecken und Zeiten zum
263 Einsatz kommen können.

264 **S-Bahn und U-Bahn**

265 ***RTW-Planung beschleunigen, U2 und U6 verlängern***

266 Obwohl spätestens 2008 mit der überregionalen Gründung der Planungsgesellschaft
267 RTW (Regionaltangente West) der Willen bekundet wurde, endlich direkte
268 Verbindungen zum Flughafen und westlichen Industriestandorten zu schaffen, kommt
269 das Verfahren nur schleppend voran. Die GRÜNEN werden sich weiterhin intensiv
270 für die Verwirklichung dieses Verkehrsprojektes einsetzen.
271 Durch eine Verlängerung der U2 von der jetzigen Endstation Gonzenheim bis zum
272 Bahnhof Bad Homburg ergibt sich eine erhebliche Entlastung der S-Bahn-Strecke S5
273 nach Bad Homburg. Gleiches gälte für die U6-Verlängerung von der Heerstraße über
274 Steinbach bis Kronberg-Oberhöchstadt. Bei einer Kosten/Nutzen-Rechnung vor
275 einigen Jahren wurde noch nicht die Elektrifizierung der Taunusbahn
276 berücksichtigt, die die Strecke S5 an ihre Kapazitätsgrenzen bringt und dringend
277 der Entlastung bedarf.

278 **Fahrrad - Pedelec - E-Bike**

279 ***Infrastruktur für RadlerInnen verbessern***

280 E-Bikes und Pedelecs sind auf dem Vormarsch. Auch die Topographie des
281 Hochtaunuskreises ist dann kein Hindernis mehr. Diese neue Art der Fortbewegung
282 ist als Chance zu begreifen, vor allem auch für Alltagsfahrten. Nur müssen
283 schnelle RadfahrerInnen jetzt noch mehr mitgedacht werden beim Bau von
284 Radverkehrsanlagen, damit es weder zu Konflikten mit Fußgängern noch mit dem
285 Autoverkehr kommt. Wenn Pendler dann auch noch einen sicheren Abstellplatz,
286 vielleicht sogar mit Lademöglichkeit vorfinden, bietet bike & ride eine bequeme
287 und schnelle Alternative zur Autofahrt. Natürlich brauchen auch konventionelle
288 Radler und vor allem Fußgänger sichere und bequeme Wege.
289 Radwege an kreiseigenen Straßen sind oft in einem mäßigen Zustand oder gar nicht
290 vorhanden. Als Beispiel sei die von RadfahrerInnen viel genutzte Straße K 768
291 zwischen Steinbach und Kronberg-Oberhöchstadt genannt, die weder Rad- noch
292 Fußwegbegleitung hat.

293 **GRÜN** ist:

- 294 • Öffentlichen Nahverkehr ausbauen
- 295 • Barrierefreier Zugang zu allen Verkehrsmitteln
- 296 • Infrastruktur für RadfahrerInnen und FußgängerInnen verbessern

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: WOHNUNGSBAU

297 **Text**

298 **Wohnungsmarkt**

299 ***Ein teures Pflaster***

300 Im Hochtaunuskreis leben viele vermögende oder einkommensstarke Menschen. Das
301 treibt die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Wohnkosten deutlich in die
302 Höhe. Natürlich bedeutet das nicht, dass nur Wohlhabende hier zu Hause sind,
303 auch Normalverdiener, auch Geringverdiener, Mittellose, auf Sozialleistungen
304 angewiesene Menschen haben hier ihre Heimat. Andere, Flüchtlinge aus
305 Krisengebieten, werden hier eine neue Heimat finden. Für all diese Menschen wird
306 preisgünstiger Wohnraum benötigt.

307 **Verkauf von Bauland**

308 ***Vertragsregelung für preisgünstige Wohnungen***

309 Der Hochtaunuskreis ist immer wieder als Anbieter auf dem Immobilienmarkt tätig.
310 In 2015 ist z.B. das alte Bad Homburger Krankenhausgelände zur Veräußerung
311 ausgeschrieben worden. Erstmals ist hier geplant mit dem Investor für die
312 Neubebauung zu vereinbaren, dass ein Teilbereich mit preisgünstigen Wohnungen
313 erstellt werden soll. GRÜNE werden sich dafür einsetzen, dass zukünftig
314 verstärkt in preisgünstigen Wohnraum, d.h. in Wohnraum, der für Menschen im SGB
315 II laut aktuellen Miettabellen zulässig ist, investiert wird. Eine Entlastung im
316 Niedrigpreissegment des Wohnraummardtes mindert auch den erheblichen Preisdruck
317 für andere Wohnungen und entlastet so den Mittelstand.

318 **Kreis als Miteigentümer**

319 ***Wohnungsbau wieder beleben***

320 Der Kreis unterhält zusammen mit Städten und Gemeinden aus dem Usinger Land eine
321 eigene Wohnungsbaugesellschaft, die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH. Deren
322 Wohnungen sind mittlerweile vielfach aus der Sozialbindung herausgefallen. Die
323 GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass dieses Unternehmen wieder verstärkt in
324 Neubauten investiert und dabei auch neue Wohnmodelle, z.B.
325 Mehrgenerationenprojekte berücksichtigt.

326 **GRÜN** ist:

- 327 • In Verträgen mit Investoren Anteil für preisgünstige Wohnungen
- 328 vereinbaren
- 329 • Wohnungsbau über eigene Gesellschaft wiederbeleben

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: GESUNDHEIT

330 Text

331 Gesundheitsdienste

332 *Kooperationen mit Kliniken und niedergelassenen Ärzten verstärken*

333 In der letzten Sitzung der vorangegangenen Wahlperiode hat der Kreistag nach
334 Vorlage eines 10-Jahres-Wirtschaftsplans die Entscheidung für die
335 Klinikneubauten in Bad Homburg und in Usingen als PPP-Projekt getroffen. Die zu
336 diesem Zeitpunkt genannten zukünftigen Jahresergebnisse sind bislang drastisch
337 verfehlt worden. Auch für die Zukunft bedeutet das, dass die Hochtaunuskliniken
338 nicht den prognostizierten Gewinn abwerfen werden, sondern dauerhaft mit ca. 10
339 Mio. € jährlichem Verlustausgleich durch den Kreis ums Überleben kämpfen müssen.
340 Die GRÜNEN sind bereit Gelder aus dem Portefeuille des Kreises zur Verfügung zu
341 stellen um Patientinnen und Patienten wohnortnah und qualitativ hochwertig
342 versorgen zu können. Das bedeutet insbesondere, dass das Krankenhaus in Usingen
343 auch mit Steuermitteln unterstützt werden muss, selbst wenn es wie derzeit
344 defizitäre Wirtschaftsergebnisse liefert.

345 Wir fordern, sich nicht als Konkurrenten anderer Krankenhäuser zu verstehen,
346 sondern die Vernetzung in der Region deutlich zu verbessern. Gleiches gilt für
347 die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten. So wünschenswert weitere
348 Abteilungen, z.B. eine Kinderstation in Bad Homburg sein mögen, dürfen sie nicht
349 dazu führen, dass durch noch höhere Verluste die Trägerschaft in öffentlicher
350 Hand insgesamt gefährdet wird.

351 Natürlich sollen Patienten nicht etwa erst durch einen Klinikaufenthalt krank
352 werden, deswegen legen wir besonderen Wert darauf, dass die Hochtaunus-Kliniken
353 verstärkt in den Schutz vor multiresistenten Keimen investieren - und hier ohne
354 Rücksicht auf Kosten.

355 **GRÜN** ist:

- 356 • Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsdienstleistern verbessern
- 357 • Wohnortnahe Versorgung sicherstellen
- 358 • Bestmöglicher Schutz vor multiresistenten Keimen

Wahlprogramm

VerfasserIn: LindenHa

Gegenstand: FINANZEN

359 Text

360 **Der Kreishaushalt**

361 ***Mittelherkunft und Aufgaben***

362 Im Prinzip sind einem Kreis Aufgaben übertragen, die eine kreisfreie Stadt
363 allein erledigt, die aber kleinere Gemeinden organisatorisch überfordern würden.
364 Die meisten finanziellen Mittel des Kreises, die Kreis- und die Schulumlage,
365 werden daher zum größten Teil auch von seinen Gemeinden aufgebracht. Der
366 Hochtaunuskreis schöpft hierbei die gesetzliche Höchstgrenze voll aus. Auf
367 Seiten der Gemeinden wiederum sind Kreis- und Schulumlage die mit Abstand
368 größten Einzelaufwendungen, die bei der vorherrschenden Finanznot so kaum noch
369 getragen werden können.
370 Sozialleistungen und Schulträgeraufgaben sind typische Beispiele für dem Kreis
371 übertragene Aufgaben, die gemeinsam finanziert werden müssen.

372 **Die Nebenhaushalte**

373 ***Defizitäre Beteiligungen***

374 Die größten Einzeldefizite entstehen allerdings nicht direkt im Haushalt des
375 Kreises, sondern bei seinen Beteiligungen, insbesondere bei den
376 Hochtaunuskliniken und dem Verkehrsverbund Hochtaunus. Diese Verluste müssen
377 dann jeweils über den Kreishaushalt von allen mitgetragen werden. Für eine
378 weitere Beteiligung, die RMD, ursprünglich zur Mülldeponienachsorge gegründet,
379 muss der Kreis laufend Bürgschaften abgeben, damit ihre Liquidität gehalten
380 werden kann. Auf der anderen Seite ist übrigens festzustellen, dass keine der
381 zahlreichen Gesellschaften, an denen der Kreis allein oder anteilig beteiligt
382 ist, Gewinne abwirft, die dem Kreishaushalt zugute kämen.
383 Schon 2013 bemängelte der Landesrechnungshof das Fehlen von
384 Beteiligungsrichtlinien und damit auch die nicht ordnungsgemäß gewährleisteten
385 Möglichkeiten der Einflussnahme demokratisch gewählter Gremien auf die
386 Gesellschaften. Drastisch deutlich wird das bei der gGmbH Hochtaunus-Kliniken:
387 Der Kreistag hat 2011 den Neubauten im PPP-Verfahren zugestimmt, nachdem ihm ein
388 Wirtschaftsplan vorgelegt worden war, der ab 2016 Gewinne auswies. In der
389 Folgezeit konnte der Kreistag nur noch Jahr für Jahr um viele Millionen € höhere
390 Verluste als seinerzeit prognostiziert zur Kenntnis nehmen; der vorausgesagte
391 Gewinn von 2016 und Folgejahren ist mittlerweile zu einem auf Dauer

392 angekündigten Verlust von ca. 10 Mio. € pro Jahr geworden.
393 Die GRÜNEN werden sich weiter intensiv dafür einsetzen, dass bei der Steuerung
394 und Kontrolle der outgesourcten Aufgaben der Daseinsvorsorge die demokratisch
395 gewählten Gremien einbezogen werden.

396 **Hessisches Schulden-Ranking**

397 ***Höchste Verschuldung trotz guter Ausgangsbasis***

398 Bei dem Pro-Kopf-Einkommen seiner Bürger liegt der Hochtaunuskreis an der Spitze
399 aller hessischen Kreise, bei den Pro-Kopf-Steuereinnahmen immerhin noch auf
400 Platz 6. Es kann nur durch jahrzehntelange Misswirtschaft erklärt werden, dass
401 der Kreis bei der Pro-Kopf-Verschuldung den letzten Platz = höchste Verschuldung
402 aller hessischen Kreise einnimmt.

403 Der Hochtaunuskreis darf seinen Wohlstand nicht länger auf Kosten der
404 zukünftigen Generationen finanzieren. Vordringlichstes Ziel ist es wieder einen
405 ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die seit Jahren von der derzeitigen
406 Koalition geübte Praxis dieses Ziel nach hinten zu verschieben, muss gestoppt
407 werden. Spätestens 2017 sollen Haushaltsüberschüsse dazu dienen mit dem Abbau
408 des immensen Schuldenberges zu beginnen.

409 **GRÜN ist:**

- 410 • Geld für wichtige Aufgaben sicherstellen
- 411 • Professionelle und wirtschaftliche Führung kreiseigener Gesellschaften
- 412 • Hochtaunuskliniken in kommunaler Trägerschaft sichern
- 413 • Schuldenabbau